

Erfolgreiche Projekte mit Interreg und der Neuen Regionalpolitik

Wie Bürger, Unternehmen und die Wissenschaft am Oberrhein in ihrem Alltag von Interreg und der Neuen Regionalpolitik profitieren

Interreg im Dienst der Regionalentwicklung

Die 60 Interreg A-Programme der Europäischen Union verfolgen das gemeinsame Ziel, den Dialog und die Zusammenarbeit der Regionen in Europa zu fördern sowie die Entwicklungsunterschiede in den Regionen zu mindern. Die Ausrichtung A steht für die Förderung der nachbarschaftlichen Kooperation in grenzüberschreitenden Regionen. Sie ist unter dem Begriff "Europäische territoriale Zusammenarbeit" Teil der EU-Kohäsionspolitik.

Die geförderten Kooperationsprojekte geben neue Impulse und schaffen wichtige Synergien über die Grenzen hinweg. Davon profitieren auch Schweizer Akteure, die sich seit Programmbeginn im Jahr 1990 an Interreg beteiligen.

Dem Programm Oberrhein stehen für den Zeitraum 2014–2020 110 Mio. Euro an Fördergeldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Auf Schweizer Seite beteiligt sich der Bund im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP)

REGIO BASILIENSIS ALS REGIONALE KOORDINA-TIONSSTELLE (IKRB)

Im Rahmen von Interreg und der NRP fungiert die IKRB als regionale Koordinationsstelle der Nordwestschweizer Kantone und des Bundes. Damit sind vielfältige Aufgaben verbunden: Umsetzung des Programms Interreg A Oberrhein in der Nordwestschweiz, Einsitznahme in den Programmgremien, Information und Beratung der Nordwestschweizer Projektpartner, Prüfung der Anträge auf Bundesförderung sowie Koordination der kantonalen Förderung, Reporting sowie Öffentlichkeitsarbeit.

mit 9.2 Mio. Franken an Projekten, die einen auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichteten Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit leisten. Die Nordwestschweizer Kantone und Dritte werden sich mit voraussichtlich weiteren rund 15 Mio. Franken am Programm Interreg Oberrhein engagieren.

Neue Projekte für Interreg V Oberrhein genehmigt

Der Begleitausschuss des Programms hat 2017 insgesamt 14 neue Projekte genehmigt, davon neun mit Nordwestschweizer Beteiligung. Die fünf Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Jura und Solothurn unterstützen dabei Vorhaben in der Höhe von 0.49 Mio. Franken, der Bund (NRP) fördert Projekte mit 0.62 Mio. Franken und Dritte tragen mit 0.7 Mio. Franken zur Umsetzung der Projekte bei. Die Projekte werden in den Bereichen Innovation/ Wissenschaft, Raumplanung/Umwelt/Verkehr, Arbeitsmarkt sowie Zusammenarbeit in Verwaltung und Zivilgesellschaft realisiert.

Das Projekt MARGE zum Beispiel ist dem Förderbereich Verwaltungszusammenarbeit zuzuschreiben. Ziel ist es, die integrierte Stadtteilentwicklung ausgewählter Gemeinden in den drei Ländern im Verbund zwischen Verwaltungen und der Wissenschaft weiterzuentwickeln. Thematisch im Fokus stehen u.a. Jugendarbeit, Prävention im Kontext von Radikalisierungsgefahren und Netzwerkarbeit zwischen Verwaltung, freien Trägern und Bewohnern. Ausgewählte Quartiere in Basel, Pratteln, Suhr, Freiburg, Kehl, Strasbourg und Saverne werden von den beteiligten Hochschulen – darunter die HS für Soziale Arbeit der FHNW – im Sinn eines Best-Practice-Austausches besonders unter die Lupe genommen.